

# Politisch abhängige Wissenschaft? Leopoldina empfiehlt, was Habeck plant

geschrieben von AR Göhring | 17. April 2024

Wir berichteten kürzlich über die ad-hoc-Stellungnahme „Schlüsselemente des Kohlenstoffmanagements“ der deutschen Nationalen Akademie der Wissenschaften, der Leopoldina in Halle an der Saale. Darin enthalten: Die Empfehlung der „Kohlenstoffspeicherung im Untergrund und Nutzung von CO<sub>2</sub> (CCS und CCU)“.

Das erstaunte, da Robert Habeck als Umweltminister in Schleswig-Holstein die Lagerung des deutschen CO<sub>2</sub> in seinem Bundeland ablehnte, da man nicht der Mülleimer der Republik sei. Im Februar allerdings ging die Meldung durch die Presse, daß er jetzt doch „Endlager“ für Kohlendioxid will. Nur im Meeresboden allerdings, nicht an Land.

Man hat im Wirtschaftsministerium wohl Angst, daß eine Gasblase aus instabilem Gestein ausbricht und Menschen erstickt. Kein Wunder: Ingenieure unter den EIKE-Lesern versicherten uns, daß CO<sub>2</sub> im Boden verpreßt nicht flüssig oder fest wird, sondern im gasförmig-gestauchten Zustand verbleibt.

Aber was passiert, wenn so eine Kohlendioxidblase aus dem Meer aufstiege? Aus Sicht der Massenmedien und der Klimaforscher würde es am Ort des Austritts an der Meeresoberfläche unheimlich heiß werden. Aber im Ernst: Wäre die Blase groß genug, würde sie Unmengen Wasser verdrängen und damit eine Art Tsunami auslösen.

Abgesehen von den physikalischen Gegebenheiten erstaunt die zeitliche Nähe der Leopoldina-Stellungnahme und der Meldung zu Habeck Endlager-Plänen. Empfiehlt die Akademie, was sich der Klimaschutzminister sechs Wochen vorher ausgedacht hat? Der Eindruck drängt sich auf – die katastrophale Abhängigkeit der wissenschaftlichen Organe von der Politik zeigt sich gerade in der anlaufenden Corona-Aufarbeitung („RKI-Akten“).

Und ein Blick in die Finanzierung der Leopoldina unterstützt den Verdacht:

*Die Akademie ist als gemeinnützig tätiger eingetragener Verein organisiert und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (80 %) und dem Sitzland Sachsen-Anhalt (20 %) finanziert.*